Wege der Klage nicht beantragen will. In Arbeitsrechtsstreitigkeiten ist die Vertretung durch einen R. vor den Senaten für Arbeitsrechtssachen bei den Bezirksgerichten und beim Obersten Gericht zulässig, aber nicht vorgeschrieben. Die in allen Bezirken der DDR bestehenden Kollegien der R. sind die hauptsächliche sozialistische Organisationsform der R. Das höchste Organ eines Kollegiums ist die Mitgliederversammlung, die den Vorstand des Kollegiums wählt. Sie entscheidet auch über die Mitgliedschaft; mit der Aufnahme ist die Zulassung als R. verbunden. Mitglied des Kollegiums und damit R. kann jeder Bürger werden, der eine abgeschlossene juristische Ausbildung besitzt. Die einzelnen R. sind bei der Beratung und Vertretung selbständig und unterliegen dabei keinerlei Weisungen. Zur Regelung von Angelegenheiten der Kollegien der R. besteht eine zentrale Revisionskommission, der die Vorsitzenden der Kollegien der R. angehören, und die den Kollegien Empfehlungen geben kann. Seit 1967 ist das Rsbüro für Internationale Zivilrechtsvertretungen tätig. Es vereinigt fremdsprachlich gebildete R. mit Spezialkenntnissen im Zivil-, Handels-, Arbeits- oder Familienrecht anderer Staaten. Die Mitgliederversammlung des Rechtsanwaltsbüros wählt als dessen Organ den Vorsitzenden und seine Stellvertreter. In der DDR praktizieren auch Einzelanwälte.

Rechtsanwendung: von dem rechtlich zuständigen Organ auf der Grundlage der sozialistischen Rechtsnormen und unter Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit getroffene Entscheidung über Rechte und Pflichten bestimmter Rechtssubjekte im konkreten Einzelfall, um ein Verhalten dieser Rechtssubjekte zu erreichen, das den Erfordernissen des *-> sozialistischen Rechts* entspricht. Die R. ist ein Teil der Rechtsver-

wirklichung. Sie ist keine formale, vom gesellschaftlichen Leben losgelöste Anwendung von Rechtsnormen, sondern schöpferische, gesellschaftsorganisierende Tätigkeit. Das schließt notwendig ein, daß die R. stets im Rahmen des Wortlauts der Rechtsnormen zu erfolgen hat (*-> Rechtsauslegung*). Die R. stützt sich auf die breite Mitwirkung der Werk-tätigen, die in den verschiedensten staatlichen und gesellschaftlichen Organen sowie genossenschaftlichen Einrichtungen selbst unmittelbar an der R. beteiligt sind bzw. die Kontrolle darüber ausüben. Durch die R. wird entweder über Art und Umfang der Rechte und Pflichten in einem bestehenden *-> Rechtsverhältnis*, über die Begründung, Abänderung bzw. Beendigung von Rechtsverhältnissen oder, bei begangenen *-> Rechtsverletzungen*, über die Festlegung von *-> Sanktionen* verbindlich entschieden. Fälle der R. sind z. B. die von einem staatlichen Organ erteilte Auflage an einen Anlieger, seiner Pflicht zur Straßenreinigung nachzukommen, die Aufnahme eines Bürgers als Mitglied der LPG auf Beschluß der Mitgliederversammlung und der Ausspruch einer Strafmaßnahme durch das Gericht wegen einer begangenen Straftat. Die R. ist somit nicht mit der Wahrnehmung der Rechte und der Erfüllung der Pflichten gleichzusetzen, sondern es handelt sich immer um eine rechtliche Entscheidung durch ein staatliches oder gesellschaftliches Organ bzw. eine genossenschaftliche Einrichtung. Die R. ist ein mehrstufiger Prozeß. Er umfaßt die Ermittlung des Sachverhaltes, die Feststellung des für die rechtliche Entscheidung zuständigen Organs, die Ermittlung der anzuwendenden Rechtsnormen sowie ihre Auslegung, die Entscheidung und ihre Begründung. Die einheitliche R. wird durch die Verantwortlichkeit der leitenden Funktionäre gegenüber den Werktätigen und durch die rechtliche Pflicht des über-